

## Ausgrenzung – auch eine Frage der Kulturpolitik?

Max Fuchs

Ich habe meinen Text in drei Teile geteilt: In einem ersten Teil gehe ich auf Versprechungen der Moderne ein. Ich werde in einem historischen Diskurs zeigen, dass Teilhabe, also das genaue Gegenteil von Ausgrenzung, zu den Visionen und Utopien mit Beginn der Neuzeit gehört, mit denen die bürgerliche Gesellschaft angetreten ist, eine bessere Zukunft zu kreieren. Zu dieser Teilhabe als einem der zentralen Versprechungen der Moderne gehören die ökonomische, kulturelle, soziale und politische Teilhabe. Wichtig sind diese Zielvorstellungen und Visionen deshalb, weil die Legitimität unserer politischen und gesellschaftlichen Ordnung genau auf den Hoffnungen beruht, dass all diese Ziele realisiert werden mögen. In einem zweiten Teil werde ich daher einen Blick in die Realität werfen, und Sie ahnen es schon oder wissen es bereits: Diese Realität ist nicht sonderlich erfreulich, sodass man kaum sagen kann, dass sich diese Versprechungen erfüllt haben. In einem letzten Teil gehe ich dann darauf ein, was dies für eine demokratische Kulturpolitik bedeutet.

Zur Einstimmung und damit die Richtung meiner Argumentation vorab erkennbar wird, möchte ich einen deutschen Verfassungsrechtler, Erhard Denninger, zitieren, der bereits 1981 folgendes gesagt hat: *»Der Staat des ausgehenden 20. Jahrhunderts wird das Problem der sozialen Gerechtigkeit als das Problem Nummer 1 anerkennen oder er wird eine vernichtende Legitimationseinbuße erleiden.«*

### Versprechungen der Moderne

Es ist bereits über 350 Jahre her – wir befinden uns in der Zeit des Dreißigjährigen Krieges, der schlimmsten Katastrophe, die die Menschheit sich selber zugemutet hat vor dem 20. Jahrhundert – als der tschechische Philosoph Komensky (lateinisch: Comenius) einen faszinierenden programmatischen Slogan formulierte und umfangreich begründete: *Bildung für alle*. Dieser Slogan ist offenbar bis heute aktuell. Denn eines der zentralen bildungs-

politischen Programme der Vereinten Nationen heißt: Education for all. Der Grundgedanke von Comenius war der: Gebildete Menschen werden dafür sorgen, dass Frieden eintritt und Frieden erhalten wird. Revolutionär war dieser Slogan, weil er eine Bildung für Mädchen und Jungen erfasste, weil er Bildung quer durch alle Stände und Klassen meinte. Bildung sollte kein Privileg besonderer gesellschaftlicher Gruppen sein. Zur gleichen Zeit formulierte der englische Philosoph Francis Bacon ebenfalls einen wichtigen Slogan: *Wissen ist Macht*. Er stellte damit die Bildung in einen politischen Kontext, ordnete ihr nämlich die genuine Aufgabe von Politik zu, Macht zu erobern und Macht zu erhalten. Er schrieb eine der berühmten gesellschaftlichen Utopien der Neuzeit: Das neue Atlantis. Und dieses neue Atlantis war eine Bildungsrepublik.

Im 20. Jahrhundert wurden weitere Versprechungen der Moderne formuliert. Vor gut 55 Jahren gab es einen Wirtschaftspolitiker, Ludwig Erhard, der später auch Kanzler der Bundesrepublik Deutschland wurde.

Er veröffentlichte 1956 ein Buch *»Wohlstand für alle«*. Man erinnere sich, es war die Nachkriegszeit, Deutschland und Europa waren zerbombt. In dieser Situation formulierte Erhard eine ökonomische Utopie und legte die Konturen dessen fest, was man heute Soziale Marktwirtschaft oder etwas salopper Rheinischen Kapitalismus nennt: Eine kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die sich allerdings dadurch etwa von angelsächsischen Modellen auszeichnet, dass es ein starkes soziales Netz zur Absicherung gegen bestimmte Risiken gibt. Vor gut 30 Jahren formulierte Hilmar Hoffmann den bekannten Slogan *»Kultur für alle«*. Hermann Glaser sprach in einer eher juristischen Diktion vom *Bürgerrecht Kultur*. Zur gleichen Zeit versuchte Ralph Dahrendorf als Staatssekretär im Bundesbildungsministerium ein *Bürgerrecht Bildung* verbindlich im Grundgesetz oder durch eine

Bei diesem Text handelt es sich um die Kurzfassung des Vortrages, den der Autor zur Eröffnung des Kongresses gehalten hat. Die Langfassung erscheint in der Kongressdokumentation Ende 2010; außerdem ist er als PDF auf der Kongresswebsite [www.shortcouteurope.eu](http://www.shortcouteurope.eu) nachzulesen.

Prof. Dr. Max Fuchs ist Direktor der Akademie für musisch-kulturelle Bildung und Medienerziehung e.V. und Vorsitzender des Deutschen Kulturrats.



einzelgesetzliche Regelung durchzusetzen. Damit war er nicht erfolgreich. Vor gut einem Jahr formulierte der Integrationsminister von Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, in einem Grundsatzartikel in der Frankfurter Allgemeinen, dass das zentrale Versprechen der sozialen Marktwirtschaft *sozialer Aufstieg für alle* sei. Als Integrationsminister bezog Armin Laschet hierbei ausdrücklich die Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ein.

Alle Slogans zusammen sind Versprechungen der Moderne auf eine bessere Zukunft. Sie formulieren die Vision oder die Utopie einer bürgerlichen Gesellschaft, in der elementare Menschen- und Bürgerrechte realisiert werden. Warum sind solche Utopien relevant? Sie sind deshalb relevant, weil sie akzeptierte Messlatten für die Leistungsfähigkeit unserer heutigen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung sind. Und sie sind deshalb relevant, weil sie – ich erinnere an das Zitat von Denninger – die Grundlage für die Legitimationsgrundlage für das politische Selbstverständnis unseres demokratischen Gemeinwesens bilden, also für die Anerkennung unserer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung als gerecht und gerechtfertigt. Im Umkehrschluss kann man nämlich sagen, dass in dem Maße, in dem unsere heutige Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung diese Utopien oder Visionen nicht umsetzt, die Grundlagen für die Legitimation dieser Ordnung zerstört werden.

All diese genannten Utopien sind inzwischen in juristisch verbindlicher Form in den Katalog der Menschenrechte aufgenommen worden. Die Kennzeichnung solcher Formulierungen als Menschenrechte bringt bestimmte Verpflichtungen mit sich. Denn die Theorie der Menschenrechte benennt zumindest vier Kriterien, die gelten müssen:

- Menschenrechte sind unteilbar. Das heißt, man muss alle akzeptieren, es gibt nicht die Möglichkeit, dass man sich einzelne Menschenrechte herauspicks und andere nicht umsetzt.
- Menschenrechte gelten überall. Das heißt, es darf keine Ausnahmen geben, dass man an bestimmten Orten Menschenrechte nur in reduzierter Form gelten lassen kann.
- Menschenrechte sind zudem gleich wichtig. Es gibt keine Hierarchie zwischen den Menschenrechten. Das Menschenrecht auf Bildung und das Menschenrecht auf kulturelle Teilhabe ist genauso wichtig wie das Menschenrecht auf die Integrität des Körpers. Und:
- Menschenrechte gelten für alle Menschen. Das heißt, der Grundgedanke der Menschenrechte ist Inklusion.

Es gibt in Deutschland wie in keinem anderen Land der Welt einen engen Zusammenhang zwischen Schulerfolg und dem sozial-ökonomischen Status der Familie.

Dies ist ein erstes wichtiges Zwischenergebnis: *Inklusion ist der Normalitätsstandard der bürgerlichen Gesellschaft. Exklusion ist in der bürgerlichen Gesellschaft von den Versprechungen her nicht vorgesehen.*

### Ein Blick in die Realität

Wie steht es nun mit der Umsetzung dieser im letzten Teil genannten Zielvorstellungen und Visionen?

**Wohlstand:** Deutschland ist ein reiches Land. Daher war es für viele überraschend, als in einem offiziellen Dokument, nämlich in dem Kinder- und Jugendbericht des Bundes, Mitte der 90er Jahre zum ersten Mal offiziell von Kinderarmut die Rede war. Man wollte es nicht so recht wahrhaben. Daher hat die damalige Jugendministerin aufgrund einer schlechten Beratung durch ihre Mitarbeiter in ihrem Ministerium geglaubt, diese Feststellung von Kinderarmut in Deutschland als bloßes Definitionsproblem, nämlich als eine falsche Begriffsbestimmung dessen, was Armut sei, aus der Welt schaffen zu können. Dies ist offensichtlich nicht gelungen. Es wurde vielmehr die Forderung laut, dass man in Deutschland einen Armutsbericht braucht. Als er im Jahr 1998 vorlag, war es quasi

amtlich, denn der Armutsbericht stellte das fest, was in dem genannten Kinder- und Jugendbericht bereits angedeutet war: Armut ist ein relevantes Problem in dem reichen Deutschland.

Beim zweiten Armuts- und Reichtumsbericht, der im Jahr 2001 folgte, stellte sich sogar ein noch skandalöseres Ergebnis ein: Die Anzahl der Armen hatte sich nicht nur nicht reduziert, sondern sie war in der Amtszeit der rot-grünen Regierung sogar größer geworden.

Inzwischen haben wir es offiziell, nämlich durch jährliche Berichte der OECD, also der wirtschaftspolitischen Organisation, die auch PISA verantwortet: Deutschland ist geradezu weltmeisterlich darin, mit welcher Geschwindigkeit die Schere zwischen Arm und Reich auseinander geht. Und man kennt auch die Armutsrisiken: Kinder zu haben ist in Deutschland ein Armutsrisiko, ein weiteres Armutsrisiko besteht darin, Kinder alleine erziehen zu müssen, und selbstverständlich ist eine schlechte Bildung ein erhebliches Armutsrisiko. Bezogen auf das Versprechen von Wohlstand, das Ludwig Erhard in den 50er Jahren noch gegeben hat, fällt die Bilanz für die bürgerliche Gesellschaft – nicht nur in Deutschland – negativ aus.

**Bildung:** Man hat immerhin über 350 Jahre Zeit gehabt, die Forderung von Comenius nach einer Bildung für alle umzusetzen. Der Aufstieg durch

Bildung ist eines der zentralen Versprechen der bürgerlichen Gesellschaft. Eine Legitimationsgrundlage für das allgemein bildende Schulwesen und für die in Deutschland gesetzlich vorgegebene Schulpflicht besteht darin, dass die Schule ökonomische Unterschiede der Herkunftsfamilien ausgleichen soll. Es war ein Versprechen, durch eigene Leistung und nicht mehr durch die Klasse oder den Stand, in die man hineingeboren worden ist, zu bestimmten Positionen in der Gesellschaft zu kommen. Das bürgerliche Leistungsprinzip hatte einen starken emanzipatorischen Charakter. Doch wie sieht es mit der Realität aus? Diese Realität ist inzwischen bekannt, nicht zuletzt durch die von der OECD verantworteten PISA-Studien. Der Skandal ist dabei nicht, dass Deutschland seinen Platz in den allseits beliebten Rankings im unteren Mittelfeld hat, der Skandal ist ein anderer: dass nämlich über 20% der getesteten Jugendlichen gerade einmal die untere Kompetenzstufe erreichen, also eigentlich nicht richtig lesen und schreiben können und damit ein gesellschaftlicher Ausschluss vorprogrammiert ist. Ein Skandal ist, dass Deutschland ein Weltmeister in der Selektion ist. Es besteht also ein Gegensatz zu dem Versprechen, dass das Bildungssystem ökonomische Ungleichheiten kompensieren könnte. Es gibt in Deutschland wie in keinem anderen Land der Welt einen engen Zusammenhang zwischen Schulerfolg und dem sozial-ökonomischen Status der Familie. All diese Befunde kollidieren mit dem Anspruch, dass Bildung ein Menschenrecht ist.

An dieser Stelle ist zum ersten Mal an den französischen Bildungs- und Kultursoziologen Pierre Bourdieu zu erinnern, der bereits in den 70er Jahren ein auch in Deutschland rege rezipiertes Buch veröffentlicht hat: Die Illusion der Chancengleichheit. Denn die historische Bildungsforschung zeigt, dass die Geschichte des Bildungswesens zugleich eine Geschichte des Bildungsmonopols ist. Dies leuchtet sofort ein, wenn man an den Slogan von Francis Bacon erinnert, demzufolge Wissen Macht ist. Denn wenn Wissen Macht ist, dann muss man mit Wissen ebenso wie mit Macht sehr vorsichtig umgehen und sich sehr genau überlegen, wer welche Anteile davon haben soll.

**Kultur:** Hier ist die Evaluation etwas schwieriger. Ein erster Ansatz wäre es, sich Nutzerstudien von

Wir haben es mit einer katastrophal ungleichen Verteilung öffentlicher Zuwendungen für die verschiedenen Lebensstilgruppen zu tun. Es gilt offensichtlich auch hier das berühmte »Matthäus-Prinzip«: Wer hat, erhält noch mehr, wer nichts hat, wird auch in den öffentlichen Kulturförderung weitgehend vernachlässigt.

Kultureinrichtungen anzuschauen. Solche Nutzerstudien gibt es in den letzten Jahren in immer größerer Anzahl. Die letzte mir bekannte Nutzerstudie stammt von der Zeppelin-Universität in Friedrichshafen und betrifft das Publikum von Opernhäusern. Das Ergebnis ist immer wieder erstaunlich, aber letztlich nicht neu: Nur 2% der Bevölkerung nutzen die Oper als Kultureinrichtung. Zwei Zielgruppen werden besonders gründlich in Deutschland untersucht. Zum einen ist es die Zielgruppe der Jugendlichen und ihre kulturellen Interessen. Seit einigen Jahrzehnten ist Jugendforschung in Deutschland wesentlich Jugendkulturforschung. Zudem gibt es seit einigen Jahren empirische Bestandsaufnahmen über die kulturellen Interessen der Jugendlichen, etwa das Jugendkulturbarometer des Zentrums für Kulturforschung in Sankt Augustin. Das Ergebnis ist ebenfalls nicht neu: Gerade unsere teuren Hochkultureinrichtungen sind ausgesprochen wenig beliebt bei Jugendlichen. Eine zweite problematische Gruppe im Hinblick darauf, inwieweit sie als Teil des Publikums der Kultureinrichtungen auftauchen, sind Zuwanderer. Auch hier ist das Ergebnis bekannt: Sie tauchen quasi überhaupt nicht im Publikum unserer Kultureinrichtungen auf.

Nun mag man zu Recht einwenden, dass Kultur durch Vielfalt geprägt ist und es ja nicht darum gehen könne, dass es dieselbe Kultur sei, mit der sich nun jeder zu beschäftigen habe. Das ist im Grundsatz richtig und so hat es bereits Pierre Bourdieu in seiner legendären empirischen Studie »Die feinen Unterschiede« schon in den 70er Jahren herausgefunden: In der Gesellschaft gibt es verschiedene Lebensstilgruppen und Milieus, die sich insbesondere durch einen jeweils spezifischen Kulturkonsum und durch spezifische ästhetische Präferenzen unterscheiden. Pierre Bourdieu hat noch mehr herausgefunden, auf das ich später zurückkommen werde. Doch alleine

»KLANGSPORT Revue« des Projektträgers theaterformen, Münster  
Foto: Antje Ludwig



dieser Punkt genügt bereits für eine kritische Evaluation. Denn man könnte nun danach fragen, welche der verschiedenen Lebensstilgruppen mit ihren jeweiligen ästhetischen Präferenzen denn im Rahmen einer öffentlichen Kulturfinanzierung berücksichtigt werden, welches Milieu in besonderer Weise bedient wird und welche Milieus vernachlässigt werden. Das Ergebnis ist, dass wir es mit einer katastrophal ungleichen Verteilung öffentlicher Zuwendungen für die verschiedenen Lebensstilgruppen zu tun haben. Man kann etwas salopp nach dem berühmten »Matthäus-Prinzip« formulieren: Wer hat, erhält noch mehr, wer nichts hat, wird auch in den öffentlichen Kulturförderung weitgehend vernachlässigt.

Berücksichtigt man nun auch noch eine weitere, vielleicht die entscheidende Erkenntnis von Bourdieu, dass nämlich die verschiedenen Milieus und Lebensstilgruppen sehr unterschiedlich sind im Hinblick auf die Möglichkeit, sich an der politischen Gestaltung der Gesellschaft zu beteiligen, dann hat man einen engen Zusammenhang zwischen den jeweiligen ästhetischen Präferenzen und der politischen Partizipation an der Macht. Im Ergebnis ist dies die Aussage, dass es einen engsten Zusammenhang zwischen kultureller Partizipation und politischer Teilhabe gibt, dass Kultur und Ästhetik also alles andere als harmlos sind, sondern sich vielmehr als »Softpower«, als die entscheidenden Medien herausstellen, mit der die Machtfrage in der Gesellschaft geregelt wird.

Wir kommen zu einem weiteren *Zwischenfazit*: Eine umfassende Teilhabe ist das zentrale Versprechen der Moderne. Im Hinblick auf die politische Teilhabe kann man feststellen, dass mit dem allgemeinen und gleichen Wahlrecht diese zumindest formal sichergestellt ist. Ein Problem ist dagegen die soziale, ökonomische und kulturelle Teilhabe. Wir haben es also offenbar mit einer Zweiteilung der Teilhaberechte zu tun. Dies lässt sich auch an der historischen Entwicklung der Menschenrechte ablesen. Denn die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die man im Jahre 1948 in San Francisco per Akklamation angenommen hat, ist völkerrechtlich nicht bindend. Man wollte daher all diese Menschenrechte in völkerrechtlich bindendes Recht umwandeln und dachte an einen einzigen Pakt, der von jedem Mitgliedsstaat auf nationaler Ebene ratifiziert werden sollte. Ein erster Misserfolg bestand schon darin, dass es nicht gelungen ist, all die Menschenrechte in einem einzigen Pakt einzubinden. Man musste vielmehr eine Zweiteilung vornehmen: Ein erster Pakt, der sich mit den klassi-

Alle Versuche einer Festlegung von Leitkultur gehen also völlig an der Art und Weise vorüber, wie Kultur in der Gesellschaft funktionieren kann.

schen Abwehrrechten befasst, die den Einzelnen gegen Zumutungen des Staates schützen. Ein zweiter Pakt befasste sich mit den ökonomischen, sozialen und kulturellen Teilhabe-Rechten. Bei diesen Rechten handelt es sich um klassische Umverteilungsprozesse: Denn Gleichheit oder zumindest Gerechtigkeit lässt sich nur dann herstellen, wenn man von den einen etwas nimmt, das man den anderen gibt. Es liegt auf der Hand, dass eine solche Umverteilung in einer kapitalistischen Gesellschaft höchst umstritten ist.

Nun weiß man schon lange, dass an der Frage der Teilhabemöglichkeit sich die Legitimität der Gesellschaft entscheidet. Daher hat man schon früh unterschiedliche politische Maßnahmen getroffen, um Ausgrenzung, Ausschluss und Desintegration zumindest zu reduzieren, sodass sich daraus keine Gefahr für die politische Stabilität des jeweiligen politischen Systems ergeben kann. Insgesamt handelt es sich um eine Doppelstrategie: Zum einen führte man eine marginale materielle soziale Absicherung im Rahmen der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung ein, zum anderen aber gab es einen heftigen Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen. Bildungs- und Kulturpolitik haben es mit den letzteren zu tun,

sodass es ein sinnvoller Ansatz ist, Bildungs- und Kulturpolitik zum einen als Einheit, zum zweiten als *Mentalitätspolitik* zu begreifen. Alle drei politische Strategien, die Sozial-, die Bildungs- und die Kulturpolitik, sind so gesehen drei verschiedene Wege mit demselben Ziel, nämlich dem politischen Ziel des Machterhaltes.

### Was heißt dies für die aktuelle Kulturpolitik?

Ich möchte nur drei Bemerkungen zur aktuellen Relevanz dieser Überlegungen für die heutige kulturpolitische Situation darstellen.

1. Der Orientierungsbedarf der Menschen wird – gerade in Zeiten unserer Wirtschafts- und Finanzkrise – nicht kleiner, sondern größer. Eine zentrale Aufgabe von Kunst und Kultur besteht darin, Möglichkeiten zur Selbstreflexion, zur Auslotung von Orientierungsmöglichkeiten in einer schwierigen Zeit anzubieten. Versteht man den Slogan »Kultur für alle« in dieser Weise, nämlich in der Bereitstellung von Möglichkeiten der Sinnstiftung und Orientierung, so muss man konstatieren, dass er seine Relevanz überhaupt nicht verloren hat, sondern dass diese eher noch größer geworden ist.
2. Die aktuelle ökonomische Entwicklung zeigt, dass Armut ein immer relevanteres Problem für

unsere Gesellschaft wird. Armut heißt aber auch: ökonomische Ausgrenzung. Ökonomische Ausgrenzung kann aber dazu führen, dass der notwendige gesellschaftliche Zusammenhalt verloren geht. Die zentrale Frage ist daher auch in der Politik: Welche politischen Maßnahmen sind geeignet, um die notwendige Integration herzustellen? Ein erster Schritt ist natürlich eine starke materielle Absicherung, also das, was man unter dem Aspekt eines Wohlfahrtsstaates diskutiert. Eine zweite Strategie zielt auf das Mentale und Geistige. In Deutschland etwa ist es die immer wieder in die Diskussion gebrachte »Leitkultur«. Diese Idee könnte ja durchaus funktionieren. Wenn es gelänge, alle Menschen in Deutschland auf ein eindeutiges Wertesystem einzuschwören, das darüber hinaus mit einem verbindlichen Kanon in Musik, Literatur, Theater, Tanz und Bildender Kunst unterfüttert wird, wäre quasi für eine einvernehmliche Wertebasis für einen gesellschaftlichen Zusammenhalt gesorgt. Leider kann das nicht funktionieren, denn Kultur hat es nun einmal an sich, zum einen ein dynamischer Prozess zu sein, der zweitens durch Vielfalt geprägt ist und sich ständig in einem Austausch mit äußeren und inneren Einflussimpulsen bewegt. Alle Versuche einer Festlegung von Leitkultur gehen also völlig an der Art und Weise vorüber, wie Kultur in der Gesellschaft funktionieren kann.

3. Bourdieu ist mit seinen Überlegungen bis heute hoch relevant. Eine besondere Relevanz könnte allerdings Bourdieu auch im Hinblick auf eine bestimmte politische Aktivität bekommen. Er bekam nämlich mit seinen Kollegen vom *Collège de France* den Auftrag vom französischen Staatspräsidenten, den Entwurf eines neuen Curriculums für die Schulen Frankreichs vorzulegen. Aufgrund seiner Erkenntnis, wie stark die ästhetische Kompetenz und ästhetische Souveränität darüber entscheiden, welchen Platz in der Gesellschaft man später findet, hat er versucht, für den Erwerb einer umfassenden ästhetischen Kompetenz einen großen Platz in diesem Curriculum vorzusehen. Er tat dies dabei als Politiker, der sich der Emanzipation gerade der unteren Gesellschaftsschichten verpflichtet fühlte, er hat es nicht als Erziehungswissenschaftler, Psychologe oder Kunsttheoretiker getan. Das heißt, es ging ihm nicht um zweifelhafte »humanisierende« Wirkungen von hoher Kunst – an diese hat er kaum geglaubt: Es ging ihm um ihre belegten sozial-strukturellen und politischen Wirkungen.

Interessanterweise ist dieser Ansatz völlig in Einklang mit Überlegungen, die in den 70er Jahren im Europarat entwickelt worden sind,



die die Basis für die Neue Kulturpolitik darstellen und die zu den theoretisch-konzeptionellen Grundlagen der Soziokultur gehören. Kultur und Bildung hatten nicht bloß ihren Eigenwert, sondern sie wurden stark als Motoren für die Entwicklung einer verbesserten parlamentarischen Demokratie betrachtet. Im Europarat wurden damals zwei Konzepte diskutiert: das erste war die *Demokratisierung der Kultur* und das zweite war die *kulturelle Demokratie*. Das erste Ziel einer Demokratisierung der Kultur betraf die Ausdehnung des Nutzerkreises bei Kulturangeboten. Es ist kein Zufall, dass sich in dem gleichen Kontext Fragen des Kulturmanagements entwickelt haben. Das zweite umfassendere Konzept ist das der kulturellen Demokratie. Kulturpolitik spielt hier eine Rolle als Mittel einer politischen Veränderung. Kulturpolitik wird hier eindeutig verstanden als Politik der Gesellschaftsveränderung durch Teilhabe, ganz so, wie sie in dem deutschen Konzept der Soziokultur theoretisch fundiert wird.

Kulturpolitik kann verstanden werden als Mentalitätspolitik, als Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen. So gesehen ist Kulturpolitik überhaupt kein harmloses Politikfeld, sondern wichtiges, vielleicht sogar das entscheidendste Machtmittel im Hinblick auf unsere politische und gesellschaftliche Ordnung. Eine demokratische Kulturpolitik muss daher anstreben, zahlreiche Orte zu schaffen, in denen Menschen selbst für sich definieren können, wie sie leben wollen. So gesehen ist Soziokultur niemals aktueller gewesen als heute.

Blick ins Plenum des »Shortcut 2010«-Kongresses in Dortmund  
Foto: Jörg Hausmann

#### Verwendete und weiterführende Literatur

- Bourdieu, P.: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt/M.: Suhrkamp 1987.
- Bundesvereinigung Kulturelle Jugendbildung (Hg.): Kulturarbeit und Armut. Remscheid 2000.
- Fuchs, M.: Der Kampf um Sinn – Kulturkräfte der Moderne im Widerstreit, Remscheid: RAT digital 2008 ([www.akademieremscheid.de](http://www.akademieremscheid.de) Publikationen)
- Fuchs, M.: Leitformeln und Slogans in der Kulturpolitik. Wiesbaden: VS 2010 (i.V.)
- Maedler, J. (Hg.): TeileHabeNichtse. Chancengerechtigkeit und kulturelle Bildung. München: kopaed 2008